# „Der Courier"

**Ein Organ deutschsprechender Canadier.**

**Erscheint jeden Mittwoch.**

Herausgegeben von der

"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"

J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Bott, Redakteur.

Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Kanada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.


## Canada und die Ver. Staaten

Die canadischen Wahlen sind auch in unserem südlichen Nachbarland aufmerksam verfolgt worden, wenigstens soweit die amtlichen Kreise und die führenden amerikanischen Blätter in Frage kommen. Im Vordergrunde des amerikanischen Interesses stehen die Probleme der wirtschaftlichen Beziehungen, zumal in den Ver. Staaten das eifrigste Streben der einflußreichen Finanzkreise darauf gerichtet ist, allmählich die ganze Welt der amerikanischen Vorherrschaft zu unterwerfen. Bei ihrem mexikanischen Nachbarn hatten die Yankees mit ihrem Heißhunger nach wirtschaftlicher und politischer Unterjochung wenig Glück. Im Gegenteil wurde den Herren in Washington von Mexiko aus vor gar nicht langer Zeit eine gründliche Abfuhr zuteil. Jede Einmischung in die mexikanischen Angelegenheiten wurde unter Hinweis auf den amerikanischen Imperialismus mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit kategorisch zurückgewiesen. Größere Hoffnungen setzt Onkel Sam auf Canada, namentlich jetzt, nachdem der Wahlausgang in unserem Lande eine bedenkliche innere Krise herbeigeführt hat.

Mit welchen Lockspeisen man uns Canadier einzufangen sucht, dafür sei eine Aeußerung der „Chicago Tribune" angeführt. „Wir glauben," so erklärt das Blatt, daß die Tarifpolitik der Ver. Staaten in Bezug auf Canada in hohem Grade für die Niederlage der Liberalen verantwortlich ist. Die canadischen Farmer und Fabrikanten sahen, wie unser Land eine Schranke gegen ihre Erzeugnisse aufrichtete, ohne daß Canada dasselbe gegenüber unseren Waren tat. Wir wußten zu verhindern, daß ihr Weizen und ihre Molkereiprodukte unsere Farmpreise unterwühlten, die Canadier jedoch unternahmen keine Vergeltungspolitik gegenüber unseren Fabrikaten. Sie konnten unsere Tarifmauer nicht niederbrechen und suchten daher auch ihrerseits eine Tarifmauer aufzuführen.

„Der ungewisse Wahlausfall," so fährt das Chicagoer Blatt fort, „kann uns eine Atempause geben. Unsere Regierung sollte daraus Vorteil ziehen, indem sie sich sofort an die Arbeit macht, uns auf dem Wege gütlicher Verhandlung ein Abkommen, eine Art Zollverein, zustande zu bringen, der die Tatsache anerkennt, daß beide Länder voneinander abhängig sind. Wenn wir unsere Tarifmauer niederbrechen, könnte Canada dasselbe tun. Bald wird unser Land überhaupt die Zölle auf Farmerzeugnisse heruntersetzen müssen. Wir sind nicht mehr der größte Getreideexporteur der Welt. Das ist jetzt Canada. Unser Land lebt mehr und mehr von seinen Fabriken und unsere Bevölkerung ist eine überwiegend städtische. Eines Tages — und das wird nicht mehr lange dauern — werden wir nicht mehr alle Lebensmittel selbst erzeugen, die wir verbrauchen. Gleich England werden wir die Lebensmittel im Ausland und zwar in Canada kaufen müssen .... Dieser Kontinent ist eine wirtschaftliche Einheit. Wir erzeugen ungefähr alles, was der Mensch braucht. Canada und die Ver. Staaten werden von dem nämlichen Menschenschlag mit derselben Lebensweise bewohnt .... Jedes Argument für die Fortdauer des Freihandels zwischen den Staaten der Union ist ein Argument für die Niederreißung der gegen Norden gerichteten Zollmauern."

Aus diesen Auslassungen eines führenden Chicagoer Blattes ist klar die Tendenz der amerikanischen Finanzkreise ersichtlich, auf dem Umwege über einen nordamerikanischen Zollverein die unbeschränkte Gewalt in die Hände von Washington und Wall Street zu legen. Trotz dieses nur allzu berechtigten Mißtrauens muß man aber doch zugeben, daß die erwähnten Bemerkungen auch gute Gedanken enthalten, welche für eine canadische Freihandelspolitik sprechen, die aber die canadischen nationalen Interessen gegenüber den amerikanischen Anpreßungsversuchen unter allen Umständen wahren muß. Wenn jemals eine Art Zollverein in Erwägung gezogen wird, dann nur unter Festlegung bestimmter Garantien für die Unabhängigkeit der canadischen Wirtschaft von nationalegoistischen amerikanischen Einflüssen.

## Um die Räumung Kölns

Die Antwort der deutschen Regierung an den Rat der Botschafter auf eine alliierte Note wurde Aristide Briand von Botschafter von Hösch in Paris übergeben. Man schließt aus der Note, daß Deutschland bestrebt ist, eine allgemeine Entwaffnung zustande zu bringen und versucht, mit den Locarno-Verträgen in vollem Einklang zu kommen.

Die deutsche Note enthält Zusicherungen, daß die Befugnisse des Befehlshabers der Reichswehr beschränkt werden und daß die militärische Ausbildung in Turnvereinen unterdrückt wird. Die Polizeimannschaft, welche die Höchstzahl von 150,000 Mann überseigt, wird entmilitarisiert, alle Waffen, welche der Versailler Vertrag als unerlaubt ansieht, werden beschlagnahmt und 22 schwere Geschütze werden zerstört.

Die Auslassungen von Kanzler Luther in einer Rede vor dem Verein der Kaufleute und Industriellen von Berlin finden eine günstige Aufnahme. Besonders seine Erklärung, daß das Locarno-Abkommen den Wunsch des deutschen Volkes für Frieden verkörpere. Das Abkommen, sagte Luther, gebe Deutschland eine Gelegenheit zur Mitwirkung bei wichtigen Weltfragen. Daß die Zeit für eine solche Beteiligung gekommen sei, zeigen die Erklärungen der britischen, französischen und belgischen Staatsmänner sowohl in Locarno als nachher.

Amtliche Kreise in Paris und London halten es für sicher, daß die Kölner Zone am 1. Dezember geräumt wird. Die deutsche Entwaffnungsnote wurde soweit befriedigend befunden, daß keine weiteren Hindernisse zu erwarten stehen.

## Bayerische Monarchisten mußten Putsch verschieben

Die „Frankfurter Zeitung" erfährt aus durchaus zuverlässiger Quelle, wie sie bemerkt, die Pläne für einen Putsch zur Wiedererrichtung des bayerischen Thrones mit dem früheren Kronprinzen Rupprecht als König seien zurückgestellt worden, weil die Zeit für einen solchen Staatsstreich noch nicht reif sei.

Wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, hatten Freiherr von Seden-Fraunhofen, Rupprecht's Kabinettschef und General Möhl, der frühere Befehlshaber der bayerischen Reichswehr-Division, vor ein paar Wochen gewisse Mitglieder der bayerischen Regierung besucht und Erkundigungen angestellt, welche Haltung sie beobachten würden, falls Rupprecht sich zum König von Bayern proklamieren sollte. Hierbei hatten sie erklärt, die Zeit zum Handeln sei gekommen und verschiedene Organisationen, die von General Möhl gebildet worden seien, wären bereit.

Die bayerische Regierung gab, wie es in der Meldung der „Frankfurter Zeitung" heißt, den Bayern Rupprechts prompt zu verstehen, daß der von den Monarchisten geplante Schritt als Revolutionsversuch betrachtet und mit allen Mitteln bekämpft werden würde. Auch wurde ihnen bedeutet, der Putsch werde unumgänglich zur Folge haben, daß Deutschland der Rheinpfalz verlustig gehe.

Die Vertreter des Prinzen Rupprecht zogen sich hierauf zurück und teilten ihm mit, die Zeit für Wiederherstellung der bayerischen Monarchie sei noch nicht gekommen.

Eine Meldung des Londoner „Exchange Telegraph" aus Berlin besagt, hartnäckige und zunehmende Gerüchte seien im Umlaufe über einen bevorstehenden Putsch in Bayern, durch den Prinz Rupprecht den Thron an sich zu reißen und seine militärische Macht wieder zu erlangen suche. Die Monarchisten, heißt es, befürchteten, daß mit dem Laufe der Zeit ihr Anhang allmählich geringer werde, weshalb sie es für nötig erachteten, sofort zu handeln. An der Spitze der Bewegung, deren Erfolg, wie in der Meldung bemerkt ist, als äußerst zweifelhaft gilt, steht der Verband loyaler Bayern.

# Weltumschau

### Deutschland.

Reichskanzler Luther, Außenminister Stresemann und Staatssekretär Dr. Meißner als Vertreter des Präsidenten von Hindenburg waren in der russischen Botschaft zu Berlin bei der Feier des 8. Jahrestages der Gründung der Sowjetrepublik zugegen. Es war die erste offizielle Beteiligung der Leiter der deutschen Regierung an einer Triumphfeier des Bolschewismus, dessen Ausbreitung von den deutschen Behörden mit allen Mitteln bekämpft wird. Zahlreiche Persönlichkeiten, hervorragend in Berliner Kreisen, waren zu der Feier erschienen. General von Seeckt, Stabschef der Reichswehr, blieb völlig unbesorgt, als das Orchester die „Internationale", das Lied des revolutionären Proletariats, anstimmte. Die Mehrzahl der ausländischen Botschafter war ebenfalls zugegen und allgemein wurde bemerkt, daß die Gedenkfeier die größte Anerkennung war, die jemals dem Sowjet Regime zuteil geworden.

Die Stadt Köln, die durch den Rheinlandvertrag vom Luftverkehr so gut wie abgeschnitten war, befaßt sich jetzt schon mit Plänen für einen großen Luthafen, deren Verwirklichung mit der von den Alliierten vor Ende dieses Jahres versprochenen Räumung der ersten Rheinlandzone spruchreif werden wird. Der gegenwärtig von einer englischen Gesellschaft benutzte frühere Militärflugplatz wird für den späteren Handelsverkehr als unzureichend erachtet, und es ist vorgeschlagen, im Süden der Stadt, an der ehemaligen Militärfringstraße, einen großzügigen Luftverkehrsplatz anzulegen. Köln wird sich dann zu einem wichtigen Knotenpunkt im internationalen Luftverkehr entwickeln.

In Berlin wird die Gefahr eines Zollkrieges zwischen Spanien und Deutschland befürchtet. Die Lage verursacht Besorgnis, weil spanisches Erz von der deutschen Industrie benötigt wird. Die deutsche Regierung ist bemüht, den drohenden Wirtschaftskampf zu verhüten. Sollten diese Anstrengungen jedoch fehlschlagen, werden spanische Früchte und Weine mit hohen Zöllen belegt werden. Die Hälfte dieser spanischen Ausfuhr ging im vorigen Jahre nach Deutschland.

Nach langjährigen Beobachtungen und mehrfachen Versuchen hat das Problem der Versicherung der Arbeiterschaft gegen Erwerbslosigkeit nunmehr auch in Deutschland ein praktisches Ergebnis gezeitigt. Die Reichsregierung hat den Entwurf eines solchen Gesetzes ausarbeiten lassen, und wird ihn dem Reichstag, dessen Einberufung in den nächsten Wochen erwartet wird, vorlegen. Das geplante Gesetz soll die gesamte Arbeiterschaft des Reiches umfassen, wie sie durch die soziale Gesetzgebung begrifflich umgrenzt ist. Alle Personen, die bisher schon der Krankenversicherungspflicht unterliegen, werden in die Arbeitslosenversicherung einbezogen, so daß diese sich auf etwa 20 Millionen Versicherte oder ein Drittel der gesamten deutschen Bevölkerung erstreckt. Während der Unterstützungsdauer sollen die Arbeitslosen auch gegen Krankheit versichert sein, jedoch keinen Anspruch auf Unterstützung haben, wenn sie Krankengeld erhalten. Die laufenden Beiträge, die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen zu tragen sind, sollen mit den regelmäßigen Krankengeldern erhoben werden.

W. A. Harriman & Co. und die Anaconda Copper Mining Co. haben gemeinschaftlich die polnischen Anteile an der Georg von Giesches Erben Bergwerksgesellschaft, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, übernommen. Unter den Bedingungen des Uebereinkommens wird sich eine neue amerikanische Korporation bilden, in welcher die Harriman und die Anaconda Interessen eine Mehrheit der Aktien kontrollieren werden, während die Giesche Erben den Minoritätsanteil erhalten. Neben dem zu zahlenden Kaufpreis, dessen Betrag nicht bekannt gegeben ist, verpflichten sich Harriman und Anaconda, bei der Auferlegung einer Anleihe für die deutschen Besitzteile der Giesche-Gesellschaft, die großenteils aus Zinkbergwerken bestehen, behilflich zu sein. Die Giesche Firma ist die älteste Bergwerksgesellschaft in Deutschland.

### Großbritannien.

Das Unterhaus debattiert nächste Woche über den Locarno-Vertrag als Vorbereitung für die Genehmigung. Alle Führer im Hause werden sich wohl beteiligen. Die Vorkehrungen für Zeichnung des Abkommens in London am 1. Dezember sind weit vorgeschritten. Die Regierung sandte bereits Einladungen an die Minister und Beamten, welche bei den Verhandlungen in Locarno anwesend waren und auch an ihre Frauen. Die Unterzeichnung der Verträge soll so eindrucksvoll als möglich gemacht werden. Am Abend des 1. Dezember geben König George und Königin Mary ein Staatsbankett im Schloß. Fünfzig Gäste werden erwartet, darunter der deutsche Kanzler Luther und Auslandminister Stresemann, der italienische Premier Mussolini, der belgische Staatsmann Vandervelde, britische Minister, am Hof von St. James beglaubigte Diplomaten und politische Führer. Das Bankett wird im ersten Staats-Speisesaal des Palastes gegeben und eine der bedeutungsvollsten Veranstaltungen, die jemals in London stattfanden. Das berühmte goldene Tafelgeschirr kommt zur Verwendung, der Bankettsaal und andere Gemächer des Schlosses werden reich dekoriert. Dem Festmahl folgt ein Empfang. Am folgenden Tag werden die ausländischen Besucher in der Guild Hall vom Lordmayor bewirtet.

### Irland.

Irische Republikaner haben in Dublin zwei Wandelvorlesungen unterbrochen und die Herausgabe von Filmen mit Aufnahmen von der letzten Reise des Prinzen von Wales und der „Schlacht von Ypern" erzwungen. Die Republikaner, die darüber aufgebracht sind, daß trotz ihres Protestes Waffenstillstandsfeiern angeordnet wurden, überfielen auch das Hauptquartier des Waffenstillstandstag-Komitees und nahmen die Subskriptionslisten mit den Namen der Personen, die zu dem „Flandern Mohnblumen Fonds" Beiträge leisteten, fort.

Patrick Shean, ein Mitglied der freistaatlichen Gefängniskommission, wurde entführt und von den Republikanern eine halbe Stunde gefangen gehalten. Man bedeutete ihm, daß er erschossen werden wird, wenn er nicht darauf hinwirken würde, daß die Gefangenen in den Gefängnissen des Freistaates besser behandelt werden, als dies jetzt der Fall ist.

Die Republikaner erklärten, die geplante Parade in Dublin verhindern zu wollen, wenn die britische Flagge mitgeführt werden sollte.

### Frankreich.

Zum ersten Male seit dem Kriege wurde die deutsche Sprache in der in Paris tagenden Versammlung der internationalen Handelskammer öffentlich gesprochen, als Franz von Mendelsohn den Pakt von Locarno als ein gutes Omen für den zukünftigen Frieden pries. In einer warmen Willkommensadresse begrüßte Walter Leaf von England, der Präsident der Organisation, die Deutschen, in dem er sagte: „Die Anwesenheit von Herrn von Mendelsohn und seiner Kollegen am heutigen Tage ist ein beredtes Symbol der Echtheit des guten Willens zum Frieden, den wir alle als die einzige sichere Grundlage für das Wiederaufbauen von Europa ansehen." Der Wortführer der Deutschen erwiderte, daß er und seine Mitdelegaten als Vertreter der deutschen Industrie durch ihre Gegenwart an diesem Ort zu bezeugen wünschten, daß sie alle bereit seien, die Seite im Kriegsbuch zu schließen und behilflich zu sein, ein neues Kapitel der Zusammenarbeit zu beginnen.

### Belgien.

Die belgische Regierung hat beschlossen, die kriegsgerichtlichen Verhandlungen wider deutsche Offiziere und Soldaten, welche während der Besetzung Belgiens angeklagt waren, einzustellen. Die Locarno Friedensatmosphäre scheint die auf ein solches Kriegstribunal im nämlichen Augenblick hervorgerufen, als das Kriegsgericht sich anschickte, das Todesurteil über den Obersten Merlin zu verlassen, der von dem Gerichte des Mordes schuldig befunden worden war. Dem Kriegsgericht waren von dem Justizminister Weinmann zugegangen, daß der Fall abgesetzt worden sei und daß alle ähnlichen schwebenden Fälle fallen gelassen worden seien.

Weil der belgische Handel deutsche Kohle direkt von den Zechenbesitzern zu einem Preis zu erlangen vermag, der niedriger ist als die Sendungen deutscher Kohle unter dem Reparationsplan, hat sich die Regierung entschlossen, auf solche Sendungen bis auf weiteres Verzicht zu leisten. Den Zeitungen zufolge sind 90,000 Tonnen bereits zurückgewiesen worden, für welchen Betrag Deutschland eine Goldmark per Tonne zu erstatten ist. Wie verlautet, sind Verhandlungen über die Angelegenheit zwischen Berlin und Brüssel bereits eröffnet worden.

### Jugoslavien.

In zahlreichen Teilen von Jugoslavien fanden anti-italienische Demonstrationen statt, im Verlaufe deren italienische Flaggen verbrannt, Angriffe auf italienische Konsulate gemacht und italienische Bürger belästigt wurden. Sie entwuchsen der allgemeinen Entrüstung, welche der Faszisten Angriff auf das jugoslavische Konsulat und die slovenische Zeitung „Edinost" in Triest in ganz Jugoslavien hervorgerufen hat.

In Agram stürmten Studenten der Universität von Kroatien das italienische Konsulat, rissen die Flagge vom Fahnenmast, schleppten sie durch den Straßenkot und verbrannten sie schließlich. Nach zwölfstündiger Belagerung des Konsulats gelang es schließlich der Polizei, die Studenten zu zerstreuen.

In Spalato demolierte eine aufgeregte Menschenmenge zahlreiche italienische Läden und vergriff sich an den Eigentümern.

In Belgrad wurde von Tumultuanten, unter denen sich viele Studenten befanden, eine italienische Flagge auf dem Marktplatz verbrannt.

Der Auslandminister Ninchitsch wurde von den Demonstranten als Verräter bezeichnet, weil er dem italienischen Premier Mussolini zu seinem Entkommen von Mörderhänden gratuliert hatte.

Der Triester Zwischenfall, welcher die Demonstrationen durch ganz Jugoslavien im Gefolge hatte, ist darauf zurückzuführen, daß die slovenische Zeitung „Edinost" in jener Stadt einen Artikel veröffentlichte, in welchem erklärt wurde, die Nachricht von der Verschwörung gegen das Leben Mussolinis sei reine Erfindung.

### Bulgarien.

Die von der Völkerliga nach der mazedonischen Grenze geschickte Kommission, welche den durch den griechischen Einfall verursachten Schaden abschätzen soll, hat eine Entschädigung von 31,000,000 Lewa anempfohlen. Die Entschädigung bezieht sich auf die Besetzung bulgarischen Gebiets und Besitznahme der Ortschaft Petrich und umliegender Dörfer.

(Ein Lewa ist zu normalen Zeiten gleichwertig mit 19 Cents, jetzt aber weniger wert als 1 Cent.)

### Rumänien.

Ein kommunistischer Anschlag gegen das Leben des Königs Ferdinand von Rumänien wurde vereitelt. Eine Bande Kommunisten, die in einer Landschenke auf die Rückkehr des Königs von einem Jagdausflug warteten, um ihn zu überfallen, wurde, nachdem die Behörden das Komplott in Erfahrung gebracht hatten, von Truppen gefangen genommen. Die Kommunisten hatten vorher einen Angriff von Gendarmen auf das Wirtshaus unter Verwendung von Handgranaten abgeschlagen. Bei den Kämpfen wurden ein Soldat und ein Gendarm verwundet. Die Polizei hat ermittelt, daß die Verschworer, die alle Ausländer sind, mittels falscher Pässe nach Rumänien gekommen waren. Als die Gendarmen die Schenke umstellten, verbarrikadierte sich die Bande, beschoß die Gendarmen und warf Handgranaten. Die herbeieilenden Truppen wurden mit Bomben empfangen und erst nach hartem Kampf war es möglich, die Kommunisten zu überwältigen und gefesselt abzuführen.

### Polen

Polen hatte heuer ebenso wie die meisten anderen europäischen Länder eine ungewöhnlich gute Ernte. Infolgedessen wird es heuer nicht notwendig sein, amerikanisches Mehl einzuführen. Um jedoch die Einfuhr soweit wie möglich zu sperren, hat die Regierung einen Einfuhrzoll von 81.50 für 1 Zollo festgesetzt. Im letzten Jahr hat Polen amerikanisches Mehl im Werte von mehr als 20 Millionen Dollar gekauft.

### Italien

Die italienische Regierung hat angemessene Genugtuung von der jugoslavischen Regierung verlangt für die anti-italienischen Demonstrationen am Sonntag, wobei in verschiedenen Ortschaften italienische Flaggen verunglimpft und zerissen wurden.

### Türkei.

Das Regierungsblatt empfiehlt die Annahme des Sonntags, statt des Freitags, als allgemeinen Ruhetag in der Türkei. Die Ansicht ist, denselben und zugleich den Verlust zweier Tage zu vermeiden, da soweit der Freitag und der Sonntag gefeiert wurden.

### Persien.

Die Vertreter aller ausländischen Regierungen haben die neue persische Regierung unter Reza Khan formell anerkannt. Nach der kürzlichen Entthronung des Schahs übernahm der Premier Reza Khan die Zügel der Regierung.

### Syrien

Das syrische Nachrichtenbüro hat eine vom 2. November datierte Meldung aus Damaskus erhalten, welche besagt, daß französische Soldaten im Kanawat-Stadtviertel Privathäuser geplündert und alles, was sie begehrten, geraubt haben. Die gesamte Bevölkerung flüchtete sich und suchen den nächsten Hafen Beirut und Palästina zu erreichen.

Die Soldaten behandeln die Bewohner „mit größter Brutalität," sagt der Bericht, und sie gebrauchen den Vorwand, sie seien von den französischen Behörden beauftragt, die Auslieferung der Waffen zu erzwingen.

Weiter wird berichtet: „An einem Tage sind allein in dem Skaghur-Stadtviertel 365 Tote geborgen und jeder Tag bringt weitere Leichenfunde in den Ruinen. Die Moscheen und andere Plätze sind mit obdachlosen Familien, deren Behausungen durch die Beschießungen zerstört wurden, überfüllt. Die ganze Bevölkerung der Stadt ist von Hungersnot bedroht. Damaskus und die umliegenden Orte sind von der Außenwelt abgeschnitten und können keine Zufuhr notwendiger Lebensmittel erhalten. Die Aufständischen stehen vor den Toren von Damaskus, Homs und Hama."

Die Rebellen versuchen Damaskus zu umzingeln und einen allgemeinen Aufstand gegen die Franzosen zu entfachen. Die Lage verbleibt außerordentlich ernst. Die Drusen haben eine systematische Zerstörung der Versorgungsanlagen in Damaskus begonnen.

Die französischen Truppen in Syrien bereiten eine Offensive gegen die Rebellen vor. Eine große Eingeborenenbewegung war heute im Gange, während zwei Kavallerieregimenter direkt gegen den Aufständischen Bairi vorgingen, der sich kürzlich zum „Präsidenten der syrischen Republik" proklamiert hatte. Französische Flieger bewarfen die Aufständischen im Gebiet des Damaskus mit Bomben.

### Japan.

Nach einer Depesche wird in Peking ein Staatsstreich durch den „christlichen General" Feng erwartet. Das japanische Ministerium beriet über den Schutz von japanischem Leben und Eigentum in der chinesischen Hauptstadt. Die Flotte ist, wie berichtet wird, auf jeden Notfall bereit. Schnelle Kreuzer landen jeden Augenblick ab.

## Italienische Unterdrückung der deutschen Presse in Südtirol

Nachdem im vorigen Monat die „Bozener Nachrichten" ihr Erscheinen einstellen mußten, ist jetzt auch der „Landsmann", das noch verbliebene größere Tagesblatt der Südtiroler, zur Einstellung seines Erscheinens gezwungen worden.

Das italienische Preßgesetz bestimmt nämlich, daß der verantwortliche Schriftleiter von der Regierung anerkannt und bestätigt werden müsse. Nach Verweigerung der Bestätigung, wofür die Regierung keinen Grund anzugeben braucht, darf das betreffende Blatt nicht erscheinen. Unter diesem Vorwand wurde kürzlich auch die „Brixener Chronik" eingestellt. Die gleiche Methode hat jetzt die Bozener Präfektur beim „Landsmann" angewandt. Nachdem das Blatt in der letzten Zeit zweimal, das letzte mal wegen Gebrauchs eines alten deutschen Ortsnamens, verwarnt und sein verantwortlicher Schriftleiter Fuchsbrugger zu einer Freiheitsstrafe von elf Monaten verurteilt worden war, hat die Präfektur dem vorgeschlagenen neuen Schriftleiter die Bestätigung ohne Angabe von Gründen verweigert.

## Dänemarks Abrüstungsplan

Dänemark scheint sich vorgenommen zu haben, der erste Staat der Welt zu sein, der wirklich abrüstet hat, denn die vom Ministerium Stauning der zweiten Kammer vorgelegte Abrüstungsvorlage geht sogar über den Zustand der abgerüsteten besiegten Staaten hinaus.

Die vom sozialdemokratischen Kriegsminister Rasmussen der zweiten Kammer unterbreitete Vorlage enthält unter anderem folgende Bestimmungen:

Alle Befestigungen sollen geschleift und die Werkstätten der Armee und Flotte in allgemeine Staatsbetriebe umgewandelt. Heer und Flotte abgeschafft und durch eine Bewachungstruppe und eine sogenannte Staatsmarine ersetzt werden. Jede dieser beiden Abteilungen soll zehn Freiwilligengruppen und eine Artillerietruppe umfassen. Die allgemeine Wehrpflicht soll abgeschafft und durch freiwillige militärische Ausbildung ersetzt werden. Das Los unterscheidet unter denjenigen, die sich zur Ausbildung melden. Diese dort nur vier Monate dauern. Außerdem sind jährlich zwei zweitägige Uebungen vorgesehen. Alljährlich sollen höchstens 1600 Mann ausgebildet werden. Das vorgeschlagene Gesetz will alle privaten Vereinigungen und Organisationen für militärische Ausbildung, auch die bestehende Schützenvereinigung der Studenten, auflösen. Nicht militärisch organisierte Schützenvereine, die Schartschützen ausbilden, werden gestattet, doch sollen Schießwaffen nur für die Uebungen ausgefolgt werden und letztere dürfen keinen militärischen Charakter tragen. Schließlich soll auch das Kriegsministerium aufgehoben und die Bewachungstruppe wie die Staatsmanöver, für deren Unterhalt zusammen 17,000 dänische Kronen vorgesehen sind, dem Ministerpräsidenten unterstellt werden. Nach Annahme der Vorlage durch beide Häuser des Reichstages soll auch noch eine direkte Volksabstimmung über das Gesetz stattfinden.

Kriegsminister Rasmussen hat die Vorlage in folgender Weise begründet:

„In erster Linie droht uns die Gefahr, in einen russisch-englischen Zusammenstoß hineingerissen zu werden. Wenn wir ein Heer haben, so könnten die Engländer verlangen, daß wir den Sund und die Belte gegen Rußland sperren. Tun wir das, so sind wir sofort im Krieg als Englands Verbündete. Oder die Russen können die Sperrung von uns verlangen. Richten wir uns nach dieser Forderung, so sind wir Rußlands Alliierte und müssen uns gegen die Flotte Großbritanniens verteidigen.

Die dritte Möglichkeit ist, daß wir uns weigern, zu sperren. In diesem Falle wird eine der beiden Mächte die Sperrung selbst ausführen, und fremde Truppen werden auf Seeland und Fünen gelandet werden. Haben wir dann ein Heer, so sind wir zweifellos verpflichtet, unsere Neutralität zu verteidigen, und damit waren wir gleichfalls unverzüglich in den Krieg verwickelt."


**Pastor König's Nervenstärker**

Bestes Mittel gegen Epilepsie (Hinfallende Krankheit) Nervenzerrüttung, Schlaflosigkeit, etc.

Hunderte von Dankschreiben.

**Preis per Flasche $2.75 portofrei.**

Nur echt zu haben bei:

**Deutsche Apotheke**

**W. Maßig,**
**P.O. Box 124, Regina, Sask.**


## Mordversuch statt Operation

Aus Moskau wird berichtet: In Tschita ereignete sich eine ungewöhnliche Schreckensszene. Der Arzt Rasomin sollte eine Blinddarmoperation an einem Handwerker vornehmen. Schon vor der Operation fiel er seinen Assistenten durch zynische Redensarten, die sie nie von ihm gehört hatten, auf.

Nach dem ersten Schnitt, der noch kunstgerecht erfolgte, erklärte er, durch einen Stich könne er den Kranken von allen seinen Leiden befreien. Die Operation habe ja keinen Sinn. Entschlossen warf sich einer der Assistenzärzte zwischen ihn und den Kranken. Nun brach bei Dr. Rasomin der Wahnsinn offen aus. Er ging mit dem Operationsmesser auf den Assistenzarzt los und es entstand ein schweres Ringen zwischen den beiden, während der andere Assistenzarzt kaltblütig die begonnene Operation weiterführte und unter Aufbietung aller Kräfte glücklich beenden konnte.

### Die Maultrommelmacher von Molln.

Aus Molln in Oberösterreich wird berichtet: Kürzlich hielt die Maultrommelmacher-Genossenschaft ihren üblichen Jahrtag. Das Maultrommelmachergewerbe (Hausindustrie) hat sich nur mehr in Molln erhalten. Die Produkte dieses Gewerbes werden zum weitaus größten Teil in überseeische Gebiete abgesetzt, wo sie für die wilden Volksstämme begehrenswerte Musikinstrumente sind. In Molln bestehen noch sieben Maultrommelmachermeister, die vollauf zu tun haben, nur den Bedarf zu decken.


**Heilte ihren Rheumatismus**

Da sie aus schrecklicher Erfahrung die durch Rheumatismus verursachten Leiden kannte, ist Frau J. C. Hurst, die 294 Dabis Avenue, D. 54, Bloomington, Ill., wohnt, so dankbar, daß sie sich selbst offiriert hat, daß sie aus lauter Dankbarkeit begierig ist, allen anderen Leidenden zu erzählen, wie sie auf einfache Weise zu Hause sich von dieser Qual befreien können.

Frau Hurst hat nichts zu verkaufen. Schreiben Sie diese Ankündigung aus, schicken sie an sie ein mit Ihrem eigenen Namen und Adresse und sie wird Ihnen diese wertvolle Information gern umsonst schicken. Schreiben Sie ihr sofort, ehe Sie es vergessen.

**Offene Beinwunden.** „Ueber dreißig Jahre lang hatte ich Beschwerden mit offenen Beinen," schreibt Frau Eva Itak von Newark, N. J. „Dieselben waren oft geschwollen und es bildeten sich dann offene Wunden. Fast immer fühlte ich einen stechenden Schmerz in den Beinen und konnte des Nachts oft nicht schlafen. Zwei Flaschen Form's Alpenkräuter und Oelöl Liniment haben mich davon befreit und ich bin jetzt wohl und gesund." Dies berühmte Kräutermittel entfernt die Unreinheiten aus dem System und schafft reines, reiches, rotes Blut. Es wird direkt geliefert, nicht durch Apotheker. Man schreibe an Dr. Peter Fahrney & Sons Co., 2501 Washington Blvd., Chicago, Ill. Zollfrei geliefert in Canada.

**1926 Kalender 1926**

Wie jedes Jahr immer der Erste!

Der Kriegskamerad (früher Soldaten-Freund) Kalender für 1926 ist da!

Der Kriegskamerad ist immer der beliebteste Kalender gewesen und ist es auch heute noch. Derselbe enthält schöne, zahlreiche Episoden der österreichisch-ungarischen Armee wie auch heitere Soldatengeschichten nebst Verzeichnis des Standes des jetzigen Bundesheeres, Kalendarium in rotem und schwarzem Druck. Der Kalender enthält viele Bilder und kostet nur 50 Cents, per Post geschickt. Zu haben bei

**Deutsche Buchhandlung und Musik Store**

1708 Rose Str., Regina, Sask.